

# UNSERE VERWALTUNG

STAATSANZEIGER – Wochenzeitung für Wirtschaft, Politik  und Verwaltung in Baden-Württemberg





## INTERVIEW

# Bereitet das Studium gut auf die Praxis vor?

DAS GESPRÄCH FÜHRTEN JULIA HUG UND NINA HAUKE



**LUKAS MAHLER,**  
BÜRGERMEISTER DER GEMEINDE PFAFFENWEILER

Der 25-jährige Bürgermeister der Gemeinde Pfaffenweiler (Kreis Breisgau-Hochschwarzwald) absolvierte sein Studium an der Hochschule Kehl 2019. Dann war er als Kämmerer in Pfaffenweiler tätig. Zudem ist er Lehrbeauftragter in Kehl. Im November 2022 hat er das Amt als Bürgermeister angetreten.

Das Studium Public Management ist für Beamtenanwärter des gehobenen Verwaltungsdienstes des Landes Baden-Württemberg. Es wird an den Hochschulen für öffentliche Verwaltung in Ludwigsburg und Kehl angeboten. Dazu gehören auch Praxisphasen, in denen Studierende ihr Wissen umsetzen können. Es stellt sich die Frage, ob das als Vorbereitung auf den Beruf ausreicht.

*Würden Sie den Absolventen der Hochschule empfehlen, direkt nach Beendigung des Studiums eine Stelle als Führungskraft anzunehmen?*

Grundsätzlich würde ich es den Absolventen auf jeden Fall empfehlen. Ich rate jedem dazu, der dies persönlich möchte und die nötige Fachkompetenz mitbringt. Es muss einem jedoch klar sein, dass Kompetenz in der Verwaltung noch unglaublich viel zählt im Vergleich zu anderen Branchen. Im Gegensatz zur Wirtschaft wird teilweise in der Verwaltung verlangt, als Führungskraft auch im Tagesgeschäft mitarbeiten zu können.

*Welche Herausforderungen gab es für Sie als Beamter auf Probe in der Praxis?*

Am Anfang meiner Praxiszeit durfte ich mich der Herausforderung stellen, dass ich mit dem Personalschlüssel, der bei Kommunen üblich ist, viele Dinge kapazitätsmäßig gar nicht so perfektionistisch machen konnte, wie es mir an der Hochschule gelehrt wurde.

Zu Beginn habe ich mir Grundfertigkeiten angeeignet, wie man zum Beispiel Gespräche mit Externen führt oder Projekte koordiniert. Außerdem realisierte ich, dass man bei vielen Dingen auch selbst smarte Lösungen entwickeln muss und nicht immer alles perfekt machen kann.

*Hatten Sie das Gefühl, dass Sie sich nach dem Studium vieles noch selbst aneignen mussten?*

Nur für meinen Bereich Finanzen gesprochen würde ich sagen, dass das Stu-

dium ein solides Fundament ist. Es war absolut wichtig diese Grundlagen zu haben. Aber aufgrund der Modulreform 2017 wurden die klassischen Fächer wie zum Beispiel Kommunalrecht und Kommunales Wirtschaftsrecht strukturell immer weiter eingedampft.

Auch aus der Sicht als Lehrender kann ich sagen, dass man in Kehl gar nicht mehr die Zeit dafür findet, die Studierenden detailliert auszubilden.

In meinem Fall als Studierender wurden essenzielle Themen wie zum Beispiel die Leitfäden Bilanzierung und Buchführung nur oberflächlich behandelt. Daher habe ich mir dieses Wissen in der Praxis selbst angeeignet. Obwohl das erforderlich war, war das Studium schon eine gute Voraussetzung für meine Arbeit im Finanzbereich.

*Bereitet das Studium an der Hochschule Beamtenanwärter gut auf die Praxis vor?*

Da würde ich mich am liebsten wiederholen. Das Studium in Kehl ist für jede Rolle, die Absolventen in der Praxis einnehmen können, egal ob Sachbearbeiter, Bürgermeister, oder ähnliches ein absolut notwendiges Fundament, ohne das aus meiner Sicht nicht viel läuft. Dieses Fundament allein reicht auf Dauer nicht aus. Lebenslanges Lernen, sowie Fortbildungen bauen dieses Fundament immer weiter aus.

Aus meiner Sicht würde es der Hochschule insgesamt nicht schaden, die Tendenz wieder ein bisschen stärker auf die klassischen kommunalen Fächer zu legen. Den Fokus würde ich nicht so stark in die Richtung Personalmanagement, Projektmanagement und Organisationsmanagement legen. Aber natürlich gibt es hierzu verschiedene Meinungen. Ich als Bürgermeister einer kleinen Kommune muss es so sehen. Ich würde es für gut halten, den kommunalen Fächern mehr Raum zu verschaffen und gegebenenfalls andere Zweige wegzunehmen. Der Bezug zur Praxis sollte immer weiter ausgebaut und gestärkt werden. ■

## ATTRAKTIVITÄT ALS ARBEITGEBER

# Ist der öffentliche Dienst noch zukunftsfähig?

Flexiblere Arbeitszeiten, mehr Wertschätzung und eine gute Work-Life-Balance. Das sind nur einige von vielen Maßnahmen, welche die Studierenden der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Kehl im Rahmen einer Umfrage über die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber genannt haben.

VON JANA SONNER UND ANDREAS LETNER

Die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zeichnen sich vor allem durch eine hohe Sicherheit aus. Dies ist vor allem Berufsanfängern dort auch ein großes Anliegen, wie die Studie „Nachwuchsbarometer Öffentlicher Dienst“ von „Next:Public“ aus dem Jahr 2019 zeigt. Die Umfrage unter den Studierenden spiegelt das gleiche Ergebnis wider. 56 Prozent der Studierenden nennen den sicheren Arbeitsplatz als Hauptbeweggrund für die Wahl ihres Studiums.

### Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben wird gewünscht

Die Mehrheit der Studierenden legt zudem großen Wert auf die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Auch im späteren Berufsleben spielt dieser Aspekt eine große Rolle. Bezüglich der späteren Arbeitszeit wünschen sich 73 Prozent der Studierenden flexible Arbeitszeiten und 77 Prozent hätten gerne die Möglichkeit von Home-Office-Tagen. Diesen Ansatz verfolgt auch der Verband der Verwaltungsbeamten. Um dem Personalmangel entgegenzuwirken, schlägt der Verbandsvorsitzende Jochen Müller „möglichst flexible Arbeitszeiten verbunden mit mobilem Arbeiten“ vor.

### Gegenüber der Privatkonzurrenz attraktiv bleiben

Der öffentliche Dienst sieht sich zunehmend in der Konkurrenz zur Privatwirtschaft. Diese punktet vor allem mit einer geringeren Arbeitszeit, einer höheren Bezahlung sowie einer moderneren Ausstattung. „In der Privatwirtschaft ist nicht alles besser“, meint dagegen Müller und empfiehlt: „Die Vielseitigkeit der Aufgaben und die Tatsache, für Menschen Sinn stiftend etwas zu tun, muss herausgestellt werden.“ Der Wunsch nach einer sinnstiftenden Tätigkeit ist auch nachweislich von großer Bedeutung, wie die Studie „Bleibebarmeter Öffentlicher Dienst“ zeigt, welche Anfang 2022 von Next:Public veröffentlicht wurde. So gaben 74 Pro-

zent der Befragten an, dass es ihnen wichtig sei, einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten.

### Wie der öffentliche Dienst als Arbeitgeber gesehen wird

Vielleicht gilt hier der alte Spruch: „Beschäftigte kommen wegen dem Arbeitgeber, bleiben wegen der Aufgabe und gehen wegen der Führungskraft.“ Demzufolge ist nicht nur die sinnstiftende Tätigkeit wichtig, sondern auch eine funktionierende Feedback- und Fehlerkultur. Auf die Frage, für wie sinnvoll die Studierenden regelmäßiges Feedback, eine offene Fehlerkultur und die Berücksichtigung von eigenen Änderungsvorschlägen erachten, antworteten 30 Prozent mit eher sinnvoll und 68 Prozent nehmen diese sogar als sehr sinnvoll wahr. Aus der Studie von 2022 geht hervor, dass den Befragten vor allem Lob, Feedback und Wertschätzung als Formen der Anerkennung wichtig sind - noch vor Bezahlung, Beförderung oder Prämien.

Ein Grund für die abnehmende Attraktivität des öffentlichen Dienstes könnte mangelnde Wertschätzung sein - Stichwort Beamtenbashing. Das sieht auch Müller so. Dem gegenüber steht allerdings das Ergebnis der Umfrage unter den Studierenden, in welcher 58 Prozent den öffentlichen Dienst eher als attraktiv empfinden und 33 Prozent sogar als sehr attraktiv wahrnehmen. Was ist zu tun, um in Konkurrenz mit der Privatwirtschaft zu bleiben, die Attraktivität weiterhin zu gewährleisten beziehungsweise zu erhöhen? Flexible Arbeitszeiten und somit eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben sind hierfür ein wirksames Mittel. ■

Weitere Informationen zu der Studie „Bleibebarmeter Öffentlicher Dienst“ unter:  
<https://nextpublic.de/bleibebarmeter-oeffentlicher-dienst>

## STADTMARKETING

# Wie macht eine Stadt auf sich aufmerksam?

Die Bedeutung von Stadtmarketing wächst stetig. Es ist in vielen Städten mittlerweile unerlässlich für deren Wirtschaft, Bevölkerung und Wachstum. Dabei geht es um die Vermarktung von Kommunen, um sie wettbewerbsfähig zu machen und ein positives Bild nach außen zu vermitteln.

VON CAROLIN ENDERLE UND SOPHIE MURR

„Stadtmarketing nimmt im Stadtentwicklungsprozess eine wichtige Schnittstellenfunktion ein“ – so Sara Furtwängler, Pressesprecherin der Heilbronn Marketing Gesellschaft–, „weil es die Akteure der Innenstadt mit den strategischen Planungen der Stadtverwaltung verknüpft und einen gesamtheitlichen Blick auf das Zentrum einer Stadt einnehmen kann.“ Das Marketing-Team der ältesten Weinstadt Baden-Württembergs definiert seine Ziele folgendermaßen: Stadtmarketing „dient der nachhaltigen Sicherung und Steigerung der Lebensqualität der Bürger und der Attraktivität der Stadt im Standortwettbewerb“.

**„Stadtmarketing wird als Ansatz der zielgerichteten Gestaltung und Vermarktung einer Stadt definiert.“**

**Sara Furtwängler, Pressesprecherin der Heilbronn Marketing Gesellschaft**

Das Team setzt vor allem auf Tourismusmarketing. Städte, die Alleinstellungsmerkmale besitzen und sich durch diese identifizieren können, haben eine bessere Wirkung auf Touristen und andere Außenstehende.

Daher arbeitet das Team mit dem thematischen Dreiklang „Wein, Wasser und Wissen“. Auf diese Weise vereint Heilbronn mehrere für die Identität der Stadt wichtige Eigenschaften in einem einprägsamen Slogan.

Die Bedürfnisse der Bürger verändern sich. Viele Städte setzen auf Nachhaltigkeit und Digitalisierung. So wollen sie vor allem auch jüngere Menschen erreichen. In diesem Rahmen ist es förderlich, ein Leitbild zu erstellen. Ein Beispiel hierfür ist die „Stadtkonzeption 2030“, das Leitbild der am Neckar gelegenen Stadt Heilbronn.

Diese umfasst vier Strategiefelder und acht Handlungsfelder, die sich überwiegend mit der nachhaltigen Stadtentwicklung sowie der Vermarktung der Marke Heilbronn auseinandersetzen. Konkret geplant sind neue Grünflächen, verbes-

serte Rahmenbedingungen für Studierende und weitere Maßnahmen. Immer wichtiger wird zudem das Online-Marketing. Laut der Heilbronn Marketing Gesellschaft ist das „eine logische Konsequenz aus der Entwicklung der Medien“. „Bei unseren kommunikativen und Werbemaßnahmen spielt der Online-Bereich inzwischen eine gleichbedeutende Rolle“, so Furtwängler. Sie selbst bespielen die Kanäle Facebook, Instagram, LinkedIn und Twitter.

Allerdings verfügen nicht alle Menschen über einen Internetanschluss. Heilbronn möchte auch diese ansprechen und versucht das mit Printprodukten wie Veranstaltungskalendern und ähnlichem.

Mit Kinos, Theatern, Stadtfesten und Orchestern können alle Generationen angesprochen werden. Der Ausbau derartiger Kulturangebote fördert nicht nur die Zufriedenheit der Bürger, sondern steigert gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt und die Identifikation mit der Kommune.

Ein Vorbild hierfür ist die Stadt Karlsruhe. Diese darf sich seit dem Jahr 2019 „Unesco City of Media Arts“, also Stadt der Medienkunst nennen. Das Unesco Förderprogramm kürt seit 2004 Städte, die auf nachhaltige Weise Kunst und Kultur in den Fokus der Stadtentwicklung stellen.

Karlsruhe bietet zahlreiche Museen, Theater, Festivals und Veranstaltungen. Mit dem ZKM - Zentrum für Kunst und Medien-, den jährlich stattfindenden Schlossfestspielen und dem Musikfestival „Das Fest“ hat Karlsruhe sich einen Namen gemacht.

Es gibt zahlreiche Beispiele für gelungene Stadtmarketing-Strategien. Dabei stehen vor allem größere Städte wie Heilbronn und Karlsruhe heraus. Ein möglicher Grund dafür ist, dass kleinere Kommunen oft finanzielle Schwierigkeiten mit der Erfüllung dieser meist freiwilligen Aufgaben haben. ■



## KOMMUNALE KLIMAANPASSUNGSSTRATEGIEN

# Was sich in den Städten beim Klimaschutz bewegt

Studenten der Hochschule für Verwaltung in Kehl untersuchen derzeit Klimaschutzprogramme der Kommunen Baden-Württembergs, schwerpunktmäßig die von Heilbronn, Freiburg, Waldkirch, Filderstadt und Offenburg. **VON JENS GANZER**

Die meisten Kommunen erarbeiten in drei Phasen zunächst eine Klimaanalyse, dann einen Maßnahmenkatalog und schließlich ein Evaluierungstool zur Überprüfung der Effektivität der Maßnahmen.

### Tropennächte und Fluterereignisse könnten die Regel werden

Die Tendenz der Analysen ist klar abzusehen, wobei im „business as usual“-Szenario die Temperaturen bis 2100 um 4,5 Grad angestiegen sein werden. Der Meteorologe Sebastian Schlögl der meteoblue AG schätzt die Entwicklung wie folgt ein: „Sommerliche Maximaltemperaturen von über 40 Grad sowie Tropennächte, aber auch vermehrt Fluterereignisse werden bis zum Jahr 2050 für die deutschen Kommunen keine Seltenheit, sondern eher die Regel sein.“ Was also können diese angesichts einer globalen Entwicklung im Rahmen ihrer Möglichkeiten tun?

### Auch der Erhalt von Streuobstwiesen trägt zum Klimaschutz bei

In Klimaschutzmaßnahmen strebt man nach einer Reduzierung der Treibhausgasemissionen, um möglichst klimaneutral zu werden; bei der Klimaanpassung geht es darum, negative Folgen des Klimawandels abzumildern. In beiden Ansätzen entstehen dabei viele Handlungsfelder in den Kommunen. Die Umweltreferentin der Stadt Filderstadt, Simone Schwiete, führt aus, dass die städtische Filharmonie mittels Durchgrünung zum Zugpferd für Gewerbebetreiber werden soll, um sich energetisch zu verbessern. Aber auch der Erhalt der traditionellen Streuobstwiesen kann ein kleiner Faktor sein.

Die Stadt Freiburg hat im Land eine Vorreiterrolle in Sachen Nachhaltigkeit. Man ist schon seit Jahren als Solar City mit 80 Unternehmen und 1500 Arbeitsplätzen in der Solarwirtschaft bekannt, betreibt 140 umweltfreundliche Blockheizkraftwerke und hat ein umfassendes Radfahrnetz samt einem Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof. Die Klimaanalyse hat in Freiburg 14 Hot Spots im Stadtgebiet

ausgemacht, wo es nun gilt, Hitzrisiken zu senken. Ein noch nachhaltigeres Klimaanpassungskonzept ist das der Schwammstadt, das aktuell vielerorts diskutiert wird. Dabei wird Niederschlagswasser zurückgehalten, wodurch Folgen von Starkregen und Dürreperioden abgeschwächt werden und das Stadtklima verbessert wird. Dazu sind aber Untergrundarbeiten nötig, um das Substrat und die Kanalisation anzupassen. Simone Schwiete urteilt: „Das ist ein immenser Aufwand, der in Filderstadt nur mittels eines Landeskonzeptes zu realisieren wäre.“

### In Waldkirch soll die Verkehrspyramide umgekehrt werden

Die Maßnahmenkataloge der Kommunen sind vielseitig. Waldkirch will laut Klimaschutzmanager Markus Dangel aktuell die Elektromobilität ausbauen und mittelfristig die Verkehrspyramide durch Umnutzung von Parkraum oder die Förderung von Langsamverkehr und Fahrradzonen umkehren. Außerdem lobt er den Beitrag der Bürgerinitiative Essbare Stadt Waldkirch, die sich für klimaschonende Ernährung und für die Nutzung von Humus als CO<sub>2</sub>-Speicher einsetzt.

Die Kampagne Heilbronnns „treibhausgasneutrale Stadt bis 2035“ dient zur Sensibilisierung, um in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung den Klimaschutz in Bereichen wie Mobilität oder Erneuerbare Energien zu stärken. Sie wurde von der Stabsstelle Klimaschutz unter der Leitung von Bettina Schmalzbauer entwickelt, in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Kommunikation. In der dritten Phase – der Evaluierung – schließlich arbeitet die Stabsstelle Stadtentwicklung in Offenburg mit der Klimaschutzmanagerin Bernadette Kurte mit einem Tool, das Maßnahmen anhand der Kriterien des European Energy Award bewertet. Klimaschutz ist Teil der kommunalen Realität geworden. Es sind oftmals kleine Schritte, die etwas bewegen sollen. ■

Weitere Informationen zu Klimaszenarien für den Südwesten unter:  
<https://meteoblue.com>



## ENERGIEKRISE

# Wie Kommunen zu sparen versuchen

Um gegen die Auswirkungen der Energiekrise anzukämpfen, versuchen die Kommunen in allen Bereichen zu sparen. Die Unterstützung von Bund und Land durch klare Vorgaben und Finanzmittel ist hierbei enorm wichtig. VON ANNIKA BITZER UND BENJAMIN MÜNDLER

In den Kommunen Baden-Württembergs ist es seit der Energiekrise ein Stück weit dunkler und in öffentlichen Gebäuden auch kälter geworden. Büros werden auf maximal 19 Grad beheizt, die Wassertemperatur in Schwimmbädern wird gesenkt und auf die Beleuchtung von Sehenswürdigkeiten wird verzichtet. Zudem wird vermehrt in öffentlichen Gebäuden die Warmwasserbereitung eingestellt und die Straßenbeleuchtung zeitweise abgeschaltet. All das sind Beispiele für weit verbreitete Energiesparmaßnahmen in Gemeinden, um die Energiekosten einzudämmen und knappe Ressourcen zu schonen.

*„Wir müssen in der Energieversorgung unabhängig werden und weg von fossilen Energieträgern.“*

Susanne Nusser, Städtetag

Die Stadt Heidelberg hat unter anderem dadurch im November 2022 einen Rückgang des Energieverbrauchs von 35 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Auch die Stadt Ulm hat im Gasverbrauch etwa 20 Prozent eingespart.

Die Preise für einige Energieträger haben sich allerdings laut Gemeindetag verdreifacht oder gar vervierfacht. Daher sei es notwendig weitere Kosteneinsparpotenziale zu analysieren und die Einnahmen zu steigern. Fest steht, dass viele Kommunen finanziell deutlich unter Druck geraten sind. Zahlreiche Gemeinden schaffen es nicht mehr, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, so der Städtetag. Manchen Kommunen ist es kaum oder gar nicht mehr möglich, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen.

Doch nicht nur finanziell ist die Energiekrise für die Kommunen eine große Herausforderung. Die Stadt Ulm spricht von einer Mehrbelastung für die Mitarbeiter, vielfältigen Lieferschwierigkeiten und der begrenzten Verfügbarkeit von Handwerkern. Zudem war es häufig ein Problem, die vorgegebenen Bundesverordnungen in der kurzen Frist umzusetzen. So bemängelt die Stadt Villingen-Schwenningen, dass die

Verordnungen nicht so detailliert geregelt waren, wie es für die Umsetzung in der Praxis notwendig gewesen wäre.

Einig sind sich die befragten Kommunen darin, dass es eine Unterstützung von Bund und Land braucht. Dabei fordert die Stadt Ludwigsburg effektive und schnelle Entlastungen, um vorwiegend den Bürgern helfen zu können, die von den steigenden Kosten besonders betroffen sind. Auch die Stadt Heidelberg betont die Bedeutung von massiven Fördermitteln für die Kommunen. „Rasch, einfach und in klar geregelter Form“ sollen diese erfolgen, so der Gemeindetag. Weiterhin hält er es für wichtig, dass in diesem Zug Bürokratie und Vorschriften abgebaut werden. Außerdem bedarf es bei Kommunen und Bürgern mehr Anreize, um Erneuerbare Energien vor Ort umzusetzen.

Eine finanzielle Unterstützung für die Kommunen stellt das Bundesgesetz für die Gas- und Wärmepreisbremse in Aussicht, das im März 2023 in Kraft getreten ist. Dieses wird im Rahmen eines 200 Milliarden schweren Abwehrschirms finanziert. Er deckelt den Wärme- und Strompreis unter anderem für die Kommunen auf ein bestimmtes Maß.

Der Städtetag geht jedoch davon aus, dass es sich dabei nicht um eine ausreichende Hilfe handelt. Zusätzlich benötige es noch eine Art Schutzschirm für Stadtwerke, um die Energieversorgung aufrechtzuerhalten.

Die befragten Städte und Gemeinden haben aus der Energiekrise ihre Lehren gezogen. So erkennt die Stadt Ludwigsburg, dass früher als selbstverständlich Angesehenes heute nicht mehr gültig ist. Die Stadt Freiburg wiederum betont die Gefahr einer fast totalen Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und Energieimporten. Dieses Problem dürfe man nicht aus den Augen verlieren. Hierin sind sich die Kommunen einig: Es sei sehr wichtig, in Zukunft noch mehr in regenerative Wärme und Energieerzeugung zu investieren. ■

## DIGITALISIERUNG: ONLINEZUGANGSGESETZ

# OZG bewirkt kaum Entlastung für die Kommunen

Bis Ende 2022 hätte das Onlinezugangsgesetz umgesetzt werden sollen. Es verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, viele Verwaltungsdienstleistungen auch digital anzubieten. Wir befragten acht Kommunen im Land, wie es um die Umsetzung des OZG bestellt ist und welchen Herausforderungen sie sich dabei stellen müssen.

VON CORA NIETER UND BENJAMIN MÜNDLER

Bis Ende des Jahres 2022 hätten 575 Verwaltungsdienstleistungen bundesweit digitalisiert werden sollen. Das ehrgeizige Ziel wurde um Längen verfehlt: Laut dem „OZG-Dashboard“ des Bundesinnenministeriums stehen derzeit (Stand 3.April) gerade einmal 122 Online-Dienstleistungen bundesweit flächendeckend zur Verfügung. In Baden-Württemberg kommen weitere 25 landesweit verfügbare Dienstleistungen hinzu. Nun soll im neuen Gesetzentwurf die Frist zur Umsetzung ersatzlos gestrichen werden.

### Rechtsnormen sollten reformiert werden

Die Ursachen für die Verzögerung sind vielfältig. Alle befragten Kommunen äußerten, dass zum Teil allein schon die Rechtsgrundlagen einer Digitalisierung entgegenstehen. Dies resultiert etwa aus Schriftformerfordernissen oder der Pflicht zur persönlichen Vorsprache. Hier bedürfe es einer dringenden Reformierung der Rechtsnormen. Außerdem bestünden Unklarheiten bezüglich der Zuständigkeiten zwischen den Kommunen, dem Land und weiteren Akteuren wie dem Innenministerium, dem IT-Dienstleister Komm.One und der obersten Landesbehörde IT Baden-Württemberg.

### Einer-für-Alle-Prinzip scheitert in der Umsetzung

Eine zentrale Vorgehensweise sieht das Bundesinnenministerium im „Einer-für-Alle“-Prinzip, kurz: EfA. Hierunter versteht man, dass ein Bundesland eine Leistung so digitalisiert, dass die anderen Länder diese ohne große Probleme übernehmen können. Eigentlich effizient, so denkt man – „die Umsetzung dauert allerdings sehr lange und eine bundeslandübergreifende Nachnutzung ist meist noch nicht ansatzweise in greifbarer Nähe“, bemängelt die Stadt Heilbronn.

Die befragten Gemeinden, darunter die Städte Offenburg, Heidelberg und Esslingen, stimmen überein, dass es die Arbeit der Verwaltung nicht unbedingt erleich-

tert, wenn die Leistungen OZG-konform angeboten werden. Dies liegt vor allem daran, dass das OZG nur darauf abzielt, die Online-Antragsstellung für die Bürger zu ermöglichen. Doch nur, wenn auch der nachfolgende verwaltungsinterne Prozess digital daran anknüpft, entlastet dies die Verwaltung: „Ohne Ende-zu-Ende-Prozesse bringt dies den Kommunen keinen Mehrwert, sondern aufgrund von Medienbrüchen lediglich zusätzlichen Aufwand“, teilt der Städtetag mit.

### Kommunen brauchen mehr Information von Service-BW

Heilbronn setzt daher auf interkommunale Zusammenarbeit. Gemeinsam mit Karlsruhe habe man ein Projekt zum Einsatz von RPA (Robotic Process Automation) gestartet, um schnell eine medienbruchfreie Bearbeitung zu ermöglichen. Nach Ansicht des Gemeindetags Baden-Württemberg hapert es auch bei der Finanzierung: „Die Kommunen hätten schon erwartet, dass die vom Bund im Jahr 2020 zur Verfügung gestellten drei Milliarden Euro auch bei ihnen ankommen.“

In welchem Maß die bereits online zur Verfügung stehenden Dienstleistungen von den Bürgern genutzt werden, konnten die befragten Kommunen nur schwer beantworten. Die meisten der Dienstleistungen werden nämlich über Service-BW, die zentrale Plattform von Land und Kommunen, abgewickelt. Diese lässt aber für die Kommunen keine Rückschlüsse über die Nutzung zu. Laut der Stadt Villingen-Schwenningen sind die Bürger jedoch mit Antragstellungen über Service-BW noch nicht vertraut. Wenn die Services genutzt werden, erhalten die Kommunen überwiegend positive Rückmeldungen. Woran hier noch gearbeitet werden müsse, ist gemäß den Städten Ludwigsburg und Biberach an der Reiß die Umsetzung des „Once-Only“-Prinzips: Die Bürger sollten Ihre Daten und Dokumente nur einmal mitteilen müssen. ■

Informationen zum aktuellen Stand beim OZG unter:  
<https://dashboard.ozg-umsetzung.de/>



## FACHKRÄFTEMANGEL

# Verwaltung braucht bald Personal

Fachkräfte sind bald rar - auch in der öffentlichen Verwaltung. Der Gemeindetag hat das Problem für den Südwesten in einem Positionspapier umrissen und macht einige Vorschläge zur Abhilfe.

VON NINA HAUKE UND JULIA HUG

Der demographische Wandel macht auch vor der öffentlichen Verwaltung nicht Halt. Laut dem Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Ulrich Silberbach, fehlen aktuell 360 000 Beschäftigte im Öffentlichen Dienst. Bereits im Jahr 2030 soll laut PWC (PricewaterhouseCoopers) eine Fachkräftelücke von 816 000 Beschäftigten bestehen. „Es gibt so gut wie kein kommunales Tätigkeitsfeld, das aktuell keine Personalgewinnungssorgen hätte“, so Heidi Schmidt, Dezernentin des Gemeindetags.

Der Gemeindetag Baden-Württemberg fordert schon seit langem bundesweite Maßnahmen zur Reduzierung des Fachkräftemangels. Aus seinem im August 2022 veröffentlichten Positionspapier geht deutlich hervor, wie wichtig ein Masterplan dafür ist. Selbst bei raschem Gegensteuern sei ein Fachkräftemangel nicht vermeidbar.

Angesichts der demographischen Entwicklung und der hohen Zahl der Ruhestandseintritte verlangt der Gemeindetag, die Studienkapazität an den Verwaltungshochschulen deutlich zu erhöhen. Auch Quereinsteiger könnten den Personalmangel lindern helfen.

Laut dem Positionspapier des Gemeindetags sollen die Kommunen eigene Handlungsoptionen nutzen, um Fachkräftemangel und Personalengpässen entgegenzuwirken. Dadurch sollen Städte und Gemeinden als Arbeitgeber attraktiver werden.

Als Ansatz hierfür können Kommunen unter anderem verstärkt Arbeitsmodelle wie Homeoffice und Teilzeit anbieten. Auch eine Digitalisierung des Bewerbungsprozesses erscheint sinnvoll. Schließlich sollten sich Kommunen durch Social Media Auftritte als Marke etablieren können. ■

Fachkräftemangel und Personalengpässe sind in der Verwaltung oft ein Problem. „Wie erleben Sie den Fachkräftemangel und womit kann man diesem entgegenwirken?“

## STIMME ZUM THEMA



**Joachim Beck,**  
Rektor der Hochschule Kehl

*Die kommunalen Landesverbände und das Innenministerium haben den Fachkräftemangel im öffentlichen Sektor erkannt und entsprechende politische Maßnahmen ergriffen. So ist ein Aufwuchs bei den Studierendenzahlen im Bachelorstudiengang „Public Management“ beschlossen. Damit werden in diesem Studiengang in ganz Baden-Württemberg statt 800, künftig 1000 junge Menschen ausgebildet werden.*

*Wir freuen uns darauf, bald mehr Studieninteressierten einen glänzenden Karriereweg in der öffentlichen Verwaltung zu ermöglichen – denn die Gestaltung des Gemeinwohls ist eine in hohem Grade sinnstiftende und damit erfüllende Aufgabe. Insofern würde es darauf ankommen, das Werben als eine Gemeinschaftsaufgabe von Hochschulen, Kommunen und Land zu verstehen.*

## STIMME ZUM THEMA



**Stephan Fliegner,**  
Landesvorsitzender des Berufsverbandes  
kommunaler Finanzverwaltungen

*Als Kunde öffentlicher Dienstleistungen bekomme ich den Fachkräftemangel direkt zu spüren. Wenn beispielsweise die Ganztags-KiTa wegen Erziehermangel bereits um 15 Uhr schließt. Als Führungskraft in der öffentlichen Verwaltung erlebe ich den Fachkräftemangel in Form von geringeren Bewerberzahlen, mehrfachen Auswahlverfahren, längeren Vakanzen sowie Mehrarbeit. .*

*Sie können etwa versuchen erfahrene Mitarbeitende über die Regelaltersgrenze hinaus weiter zu beschäftigen, attraktive Arbeitsbedingungen schaffen sowie bezahlbaren Wohnraum und Kinderbetreuungsplätze vorhalten. Wenn Mitarbeitende Freude an ihrer Arbeit haben, die Work-Life-Balance und das Gehaltsniveau stimmen, dürfte es keinen Mangel geben; falls genügend Fachkräfte ausgebildet werden.*



## INTERVIEW

# FÜHRUNGSPPOSITION UND GESCHLECHT

DAS GESPRÄCH FÜHRTEN CAROLIN ENDERLE UND SOPHIE MURR



## ANTONIA WALCH, BÜRGERMEISTERIN IN STERNENFELS

**Antonia Walch** ist Master-Absolventin des Studiengangs Public Management. Sie ist seit 2020 Bürgermeisterin der 2900-Einwohner-Gemeinde Sternenfels.

Antonia Walch wurde mit nur 28 Jahren die zweite Bürgermeisterin der Gemeinde Sternenfels (Enzkreis). Aus diesem Grund ist es ihr ein besonderes Anliegen, Menschen über Vorurteile, Fehlannahmen und Befürchtungen aufzuklären und ihre Erfahrungen mit Studierenden der Hochschule Kehl zu teilen.

### *Was war Ihre Motivation, Bürgermeisterin zu werden?*

Ich habe das erste Mal im Studium daran gedacht, zukünftig zu kandidieren. Dort habe ich ein Fachprojekt mit dem Thema „Bürgermeister werden, aber wie?“ begleitet. Das Thema hat mich danach nicht mehr losgelassen. Mich hat außerdem begeistert, dass ein Bürgermeister für viele Menschen etwas bewegen kann, indem er die Fäden in der Hand hält. Immer wieder habe ich gesehen, wie positiv es sich in einer kleinen Gemeinde auf das Arbeitsklima auswirkt, wenn ein gutes Verhältnis zu dem Bürgermeister besteht. Ich wollte daher als positives Beispiel voran gehen.

### *Wie könnte das Bürgermeisteramt für Frauen attraktiver gestaltet werden?*

In Baden-Württemberg ist ein Bürgermeister nach erfolgreicher Kandidatur für acht Jahre im Amt. Dies vermittelt Stabilität und Sicherheit. Durch die Pandemie wurde uns auch gezeigt, dass Home-Office-Modelle eine Alternative sein können. Ich befürchte allerdings, dass Frauen größere Hemmungen haben, von der zweiten in die erste Reihe zu treten.

Frauen sind oftmals selbstkritischer und es fehlt an weiblichen Vorbildern. Ich versuche mit diesem Beitrag voranzugehen und zu zeigen, wir sind jung, wir sind weiblich und auch wir können Bürgermeisterinnen werden. Das Amt ist nicht so statisch, wie sich das die meisten Frauen vorstellen. Arbeitszeiten können mehr oder weniger frei eingeteilt werden und dadurch entsteht Flexibilität. Es gibt also einige Vorteile, den Sprung in das Bürgermeisteramt zu wagen.

### *Wie schaffen Sie es, Ihr Familienleben mit dem Bürgermeisteramt in Einklang zu bringen?*

Ich wurde im Frühjahr 2022 zum ersten Mal Mutter. Hier nahm ich mir nur eine kurze Auszeit und arbeitete nach etwa vier Monaten wieder in Vollzeit. Dies ist möglich, da wir uns als Ehepaar dem klassischen Rollenbild entgegenstellen und mein Ehemann zwei Jahre Elternzeit in Anspruch nimmt.

Allerdings sind mir feste Home-Office-Zeiten sehr wichtig. Abendtermine können die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zwar erschweren, jedoch versuche ich mir dann an anderer Stelle Freiraum zu verschaffen. Repräsentative Termine, die besonders am Wochenende stattfinden, versuchen wir dann als Familie zu besuchen. Treffen, die zwar wichtig sind, aber auch an meinem Stellvertreter abgegeben werden können, übernimmt er. Ich bin ihm für die tatkräftige Unterstützung sehr dankbar.

### *Welche Ratschläge würden Sie Frauen mit auf den Weg geben, die vorhaben, als Bürgermeisterinnen zu kandidieren?*

Der wichtigste Ratschlag, den ich Frauen mit auf den Weg geben möchte, ist, dass sie mutiger sein sollen. Dabei sollen sie sich mehr zutrauen und nicht in Selbstzweifeln versinken. Bürgermeisterin zu sein, ist für mich der schönste Beruf und es macht unglaublich viel Spaß. Dieser Beruf geht zwar mit viel Verantwortung einher, vor der aber nicht zurückgeschreckt werden sollte, da es auch so viele großartige Momente gibt.

Der Zusammenhalt der Bürgermeisterinnen in Baden-Württemberg ist besonders stark. Dabei unterstützt immer jemand bei Fragen und gibt Ratschläge für den Wahlkampf mit auf den Weg. Derzeit sind nur circa neun Prozent der Bürgermeister in Deutschland weiblich. Ich wünsche mir zukünftig mehr Frauen in Führungspositionen und hoffe, dass dieses Interview anderen Frauen Entschlossenheit verleiht, ebenfalls zu kandidieren. ■

## SOZIALE MEDIEN

# Chance oder Gefahr?

Die sozialen Medien eröffnen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern neue Wege der Kommunikation und Information. Doch gehen damit Gefahren einher, die es bei der Entscheidung für eine Nutzung abzuwägen gilt.

VON JANA SONNER

Dass die sozialen Medien für Bürgermeister längst kein Neuland mehr sind, zeigt die Studie „Wie Bürgermeister\_innen soziale Medien nutzen“ im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Danach nutzen rund 70 Prozent der Bürgermeister in Baden-Württemberg soziale Medien im beruflichen Kontext.

In diesem Zusammenhang sahen sich bereits knapp 54 Prozent der befragten Bürgermeister persönlichen Anfeindungen ausgesetzt. Dazu passt, dass die Mehrheit der Befragten der Aussage „Soziale Medien ermöglichen einen konstruktiven Austausch mit den Bürger\_innen“ nicht zugestimmt hat.

Jedoch bieten die sozialen Medien auch neue Chancen. Etwa durch die Schnelligkeit und die Erreichbarkeit neuer Zielgruppen. So sehen beispielsweise 62 Prozent der Befragten die sozialen Medien als wichtigsten Kommunikationskanal in Krisenzeiten an. Mit einer Mehrheit von zwei Dritteln ist dabei Facebook das präferierte Medium der Bürgermeister im Rahmen der eigenen Kommunikationsstrategie.

Dies erklärt der Verfasser der Studie, Rafael Bauschke, folgendermaßen: „Erstmal sind viele Bürgermeister in Baden-Württemberg in der Altersklasse der Hauptnutzenden von Facebook. Zweitens sind hier Bürgerinnen und Bürger aktiv, die auch die höchste Wahlbeteiligung aufweisen und darum geht es Bürgermeistern ja am Schluss: Die zu erreichen, die auch wählen.“

Steigen durch soziale Medien die Akzeptanz und das Interesse an der Politik? Bauschke ist skeptisch: „Die meisten Menschen sind in den sozialen Netzwerken, um sich zu zerstreuen und das macht man nicht mit Infotainment zum kommunalen Haushalt oder ähnlichem.“

Schlussendlich muss also jeder den Nutzen der sozialen Medien mit den eventuellen Nachteilen für sich selbst abwägen. ■

Um Bedeutung und Nutzen sozialer Medien wissen Gregor Bühler, Oberbürgermeister von Oberkirch und Ioannis Delakos, Bürgermeister von Holzgerlingen.

---

## STIMME ZUM THEMA



**Gregor Bühler,**  
Oberbürgermeister

*Ich sehe immer nur Chancen. Die Chancen decken sich auch mit den Gründen, weshalb ich auf sozialen Netzwerken unterwegs bin. Die sozialen Netzwerke sind ein gutes Mittel, um zur Markenbildung beizutragen, um sich selbst mit Inhalten zu verknüpfen, Informationen wiederzugeben und auch mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten. Also Kommunikation, Information und Markenbildung, das sind für mich so die drei großen Themen.*

*Und das ist die Riesenchance, dass wir als Kommune, wie auch als Bürgermeister die Möglichkeit haben, unser eigenes Statement abzugeben. Ich sehe das als Chance, die Projekte und gemeinsamen Ziele zu erreichen und auch als Risiko für die Person. Die Gefahr liegt darin, dass man ein gläserner Mensch wird. Ein Privatleben wird durch die sozialen Medien immer schwieriger.*

---

## STIMME ZUM THEMA



**Ioannis Delakos,**  
Bürgermeister

*Ich bin der Meinung, dass man sich den sozialen Medien vor allem als Bürgermeister nicht gänzlich entziehen kann.*

*Bereichsweise merkt man, dass die klassischen Informationsmedien wie das Nachrichtenblatt zwar immer noch sehr wichtig sind, aber nicht von allen gelesen und genutzt werden. Und das sehe ich auch als große Gefahr für die Demokratie insgesamt: Wenn nicht mehr berichtet wird über das kommunalpolitische Geschehen, dann ist der Verdruss beziehungsweise die Gleichgültigkeit in der Bevölkerung irgendwann so groß, dass es keinen mehr interessiert: Gibt es überhaupt einen Bürgermeister? Das sind dann Tendenzen, die unserer Gemeinschaft und unserer Demokratie nicht guttun. Da muss man dann dagegenhalten und da gehören die sozialen Medien einfach dazu.*



## GEWALT GEGEN AMTSTRÄGER

# Sind Übergriffe Ausnahme oder eher die Regel?

Wie der Begriff „öffentlicher Dienst“ schon sagt, wird dieser nicht nur für die, sondern auch in aller Öffentlichkeit verrichtet. Amtsträger und Beschäftigte sind im Fokus und werden vom Bürger als Staatsvertreter wahrgenommen. Ihre Nähe zum Bürger kann ihnen aber zum Verhängnis werden, wenn dieser gewaltbereit oder aggressiv ist. VON ANDREAS LETNER

Straftaten in Form von Anfeindungen, Beleidigungen, aber auch körperlichen Übergriffen gegenüber Personen des öffentlichen Dienstes, vor allem denen mit Außenwirkung, haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Dies zeigen die Zahlen des Bundesministeriums des Inneren und für Heimat. Gab es im Jahr 2019 noch 1849 solcher Fälle waren es im Jahr 2021 dann 6191.

### Angriffe auf Amtsträger gefährden auch die Demokratie

Hier setzt das kommunale Monitoring an, ein Verbundprojekt namens MOTRA, welches das Bundeskriminalamt in Zusammenarbeit mit kommunalen Spitzenverbänden durchführt. Ziel ist es, verlässliche Daten zu erheben, um Handlungsstrategien für betroffene Amtsträger zu entwickeln beziehungsweise eine Plattform für den Erfahrungsaustausch zu schaffen. Zu diesem Zweck wird halbjährlich bis 2024 eine Onlineumfrage durchgeführt.

Im November 2021 nahmen 1495 Bürgermeister und Landräte teil. Die Umfrage enthielt folgende Kategorien: verbale/schriftliche Anfeindungen, Hasspostings im Netz und tätliche Übergriffe. 70 Prozent der Befragten gaben an, dass sie persönlich oder ihre Familienmitglieder bereits verbal oder schriftlich angefeindet worden sind. Weitere 26 Prozent wurden bereits online mit Hasspostings konfrontiert und vier Prozent sind tätlich angegriffen worden. Damit Demokratie auch tatsächlich gelebt werden kann, ist die Nähe zum Bürger allerdings zwingend geboten. Diese wird durch das Handeln der Täter zum unmittelbaren Nachteil für die berufliche Zufriedenheit oder sogar die Gesundheit der Amtsträger.

### Negative Erfahrungen im Amt haben Folgen

Die erlebte Gewalt geht an den Betroffenen nicht spurlos vorbei. Die ersten Daten des kommunalen Monitorings haben ergeben, dass die Erlebnisse negative Folgen für die psychische und physische Gesundheit der Amtsträger hatten. 81 Pro-

zent der Befragten beklagten sich über Depressionen, Angstzustände und Konzentrationsstörungen. Weitere 14 Prozent haben durch Formen dieser Gewalt Rufschädigungen erlitten.

Einige der Betroffenen spielen mit dem Gedanken, ihr Mandat niederzulegen beziehungsweise bei der nächsten Wahl nicht erneut zu kandidieren. Viele der Befragten erachten die erlebte Gewalt mittlerweile als Bestandteil ihres beruflichen Alltags, wobei für die meisten eine Grenze erreicht ist, wenn Familienmitglieder betroffen sind..

### Beschäftigte im öffentlichen Dienst erleben Gewalt am Arbeitsplatz

Nicht nur hervorgehobene Amts- und Mandatsträger werden zur Zielscheibe. Auch einfache Beschäftigte im Dienst von Bund, Land und Kommune erleben Anfeindungen, tätliche Übergriffe oder sonstige Formen der Gewalt.

Eine aktuelle Studie des deutschen Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung hat ergeben, dass 23 Prozent der Befragten Gewalt an ihrem Arbeitsplatz erfahren mussten. An dieser Studie nahmen per Umfrage 10 674 Beschäftigte aus 1631 Behörden und Organisationen teil. Die Teilnehmer kamen aus allen möglichen Bereichen des öffentlichen Dienstes.

Vor allem Beschäftigte, die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zuständig sind, haben ein besonders hohes Gefährdungspotential. Es handelt sich also um ein Problem, das einen erheblichen Teil des öffentlichen Dienstes betrifft. ■

Weitere Informationen über das kommunale Monitoring unter:  
[www.motra.info](http://www.motra.info)





Studierende des Fachprojekts der Hochschule Kehl mit ihrer Dozentin Breda Nußbaum (rechts außen). FOTO: PRIVAT

## WARUM VERWALTUNG?

**Cora Nieter,**  
25 Jahre

Jeder Staat braucht eine funktionierende Verwaltung, die als Teil der Exekutive die Gesetze ausführt. Behörden müssen in einer Demokratie so agieren, dass die Verwaltungsvorgänge für die Bürger nachvollziehbar sind. Hierzu möchte ich meinen Teil beitragen und bestehende Hürden zwischen Verwaltung und Bürgerschaft abbauen.

**Benjamin Mündler,**  
21 Jahre

Ich wollte mich zur Zeit des Studienstarts nicht auf eine Richtung festlegen. In der Verwaltung stehen mir viele Möglichkeiten und Bereiche offen. Außerdem gefällt es mir, dass ich mich nach dem Studium für das Gemeinwohl in einer Stadt einsetzen kann.

**Jens Ganzer,**  
43 Jahre

Ich wechsele aus dem Bereich Sprache und Kulturen in die öffentliche Verwaltung. Die vielfältigen Möglichkeiten sowie die modernen Herausforderungen des öffentlichen Dienstes motivieren mich, diese berufliche Umorientierung zu begehen.

**Annika Bitzer,**  
24 Jahre

Für mich ist die Verwaltung ein vielfältiger Ort, der spannende und abwechslungsreiche Aufgaben bereithält. Schon während meiner Ausbildung habe ich die verschiedenen Bereiche der Verwaltung kennengelernt und konnte viele Erfahrungen sammeln. Wichtig ist mir vor allem ein zukunftssicherer Job in einem flexiblen Arbeitsumfeld.

**Sophie Murr,**  
24 Jahre

Die öffentliche Verwaltung ist für mich attraktiv, da sie Sicherheit und Stabilität bietet. Außerdem hat mich die Vielseitigkeit der Verwaltung zu einem Studium im gehobenen Dienst bewogen.

**Carolin Enderle,**  
19 Jahre

Ich habe mich für das Studium in Kehl entschieden, da ich die große Bandbreite an Möglichkeiten im späteren Berufsleben toll finde. Selbstverständlich ist auch die damit verbundene Sicherheit ein großes Argument, um in die Verwaltung zu gehen.

**Jana Sonner,**  
21 Jahre

Ich habe mich für die öffentliche Verwaltung entschieden, da sie sehr vielfältig ist. Man kann aktiv an Projekten mitwirken, Verantwortung übernehmen und den Bürger unterstützen. Die Sinnhaftigkeit der Arbeit sowie einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten, nehme ich dabei als besonders motivierend wahr.

**Julia Hug,**  
22 Jahre

Ich gehe in die Verwaltung, da mir die Nähe zum Bürger sehr wichtig ist. Die Tätigkeitsbereiche sind sehr vielfältig und abwechslungsreich, was mir auch schon während meiner Ausbildung zur Verwaltungsfachangestellten sehr gefallen hat. Zudem bietet die Verwaltung einen sicheren Arbeitsplatz.

**Nina Hauke,**  
23 Jahre

Die Verwaltung ist facettenreich wie ein bunter Blumenstrauß. Es gibt viele verschiedene Arbeitsbereiche. Sie ist vielfältig und bietet einen sicheren Arbeitsplatz. Darum gehe ich in die Verwaltung.

**Andreas Letner,**  
30 Jahre

Weil es innerhalb der Verwaltung unglaubliches Entwicklungspotenzial gibt und kein anderer Arbeitgeber mit der Vielseitigkeit und Sicherheit mithalten kann. Wer Karriere machen und Verantwortung übernehmen möchte, hat hier seine Bestimmung gefunden.

## IMPRESSUM

**Herausgeber und Verlag:** Staatsanzeiger für Baden-Württemberg GmbH & Co. KG, Breitscheidstraße 69, 70176 Stuttgart; **Geschäftsführer:** Dr. Alexander Teutsch, Telefon: 07 11/6 66 01-0, info@staatsanzeiger.de, www.staatsanzeiger.de; **Chefredakteur:** Dr. Rafael Binkowski; **Redaktion:** Breda Nußbaum, Christoph Müller mit Studierenden der Hochschule Kehl; **Gestaltung:** Barbara Wirth; **Druck:** Ungeheuer + Ulmer KG GmbH + Co, Körnerstraße 14 - 18, 71643 Ludwigsburg